

Wilsdruffer Tageblatt

Jahrgang 1921 Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Das Blatt tritt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Subskription monatlich 3 Mk., durch unsere Vertreter zu tragen in der Stadt monatlich 5.20 Mk., auf dem Lande 5.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Die Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzug des Bezugsvertrages.



Inserentenpreis 1.50 Mk. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 4.50 Mk. Nachzahlung-Gebühren 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 280

Donnerstag den 1. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die Verteilung des angemeldeten amerikanischen Weizenmehls für Dezember erfolgt ab 30. dieses Monats. Die bezugsberechtigte Person erhält 800 g. Pfundpreis 3,75 Mk.

Wilsdruff, am 26. November 1921.

Der Stadtrat.

Maßnahmen gegen die Beschälseuche der Pferde.

Zur Bekämpfung der Beschälseuche der Pferde hat das Wirtschaftsministerium auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 und der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats hierzu vom 7. Dezember 1911 unter dem 20. Oktober 1921 (Sächs. Gesetzblatt 26. Stück S. 847) eine Verordnung erlassen, die einschneidende Bestimmungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Seuche enthält. In Verfolg dieser Verordnung hat das Wirtschaftsministerium folgende Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen zu Sperrgebieten erklärt:

1. Amtsgerichtsbezirk Meißen einschließlich der Stadt Meißen;
2. Amtsgerichtsbezirk Lommahsch einschließlich der Stadt Lommahsch;
3. Amtsgerichtsbezirk Kötzschenbroda, soweit zum Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen gehörig;
4. die Gemeinde und Gutsbezirk Munzig (Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff) und die Gemeinde Jetta mit Calkshüh (Amtsgerichtsbezirk Rossen).

Für die Sperrgebiete gelten folgende verschärfte Bestimmungen:

1. Stuten dürfen nur dann zur Begattung zugelassen werden, wenn ihr Besitzer dem Hengsthalter eine bezirksärztliche Bescheinigung vorlegt, aus der hervorgeht, daß die Stute nach dem klinischen Befund und dem Ergebnisse der Blutuntersuchung als un- verdächtig anzusehen ist.
2. Hengste im Alter von mehr als einem Jahre und Stuten im Alter von mehr als zwei Jahren dürfen nur mit Genehmigung der für die Standorte zuständigen Amtshauptmannschaft aus dem Sperrgebiet ausgeführt werden. Die Genehmigung darf nur auf Grund einer bezirksärztlichen Bescheinigung über die Unverträglichkeit der Pferde

erteilt werden. Die Amtshauptmannschaft hat die für den Bestimmungsort zuständige Verwaltungsbehörde von dem bevorstehenden Eintreffen der Pferde und von dem Sachverhalt rechtzeitig zu benachrichtigen. Bei Verladung von Hengsten und Stuten auf Eisenbahnstationen im Sperrgebiet ist die schriftliche Genehmigung der Amtshauptmannschaft und die bezirksärztliche Bescheinigung über die Unverträglichkeit der Pferde dem Vorstand der Verladestation vorzulegen.

3. Die Genehmigung unter 2. ist auch dann erforderlich, wenn Stuten solchen Hengsten zugeführt werden sollen, die außerhalb des Sperrgebietes stehen.

Die hiernach erforderliche bezirksärztliche Bescheinigung, in der der Name und Wohnort des Besitzers und die äußeren Kennzeichen (Farbe, Abzeichen, Alter, Widerristhöhe, Hautbrand) des Pferdes angegeben sind, hat eine Gültigkeit von 6 Wochen von der Ausstellung an gerechnet.

Ferner hat sich das Wirtschaftsministerium vorbehalten, für solche Gebiete, in denen die Beschälseuche in größerem Umfange auftritt (Sperrgebiet), eine bezirksärztliche Untersuchung sämtlicher Stuten zeitweise anzuordnen. Im übrigen ist jeder Besitzer von Pferden oder sein Vertreter (nicht nur in den Sperrgebieten) verpflichtet, von dem Auftreten verdächtiger Erscheinungen an einem Pferde, insbesondere von allen Veränderungen an den Geschlechtsorganen, von Anschwellungen der Haut (Quaddeln, Talerflecken), von Lähmungserscheinungen und Abmagerung der Ortspolizeibehörde und dem Bezirksarzt ohne Verzug Anzeige zu machen.

Allen Hengsthaltern, sowie allen Besitzern von Stuten, die beschälseuchekrank, seuchenverdächtig oder der Ansehung verdächtig sind, wird ein Abdruck der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 20. Oktober 1921 zugefertigt werden.

Im Interesse einer durchgreifenden Bekämpfung der Beschälseuche ist strengste Einhaltung der getroffenen Anordnungen notwendig.

Die Ortsbehörden werden angewiesen, auf Gesuchen des Bezirksarztes oder dessen Stellvertreters, Herrn Dr. Korn, für die rechtzeitige Vorführung der von diesen zu untersuchenden Stuten Sorge zu tragen.

Alle Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt werden.

Meißen, am 29. November 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Nr. 999 a V.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Verhandlungen zum Abschluß eines Schiedsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz werden diese Woche in Bern fortgeführt werden.
- * Die erste Abteilung der amerikanischen Truppen der Rheinarmee hat am Montag sich nach Amerika eingeschifft.
- * Die aus einer schlesischen Zeitung kommende Nachricht, daß sich 600 deutsche Kriegsgefangene in französischen Strafbatalionen in Sorien befinden, ist unzutreffend.
- * Das englische Kriegsschiff „Concord“ ist nach Mexiko abgegangen.
- * Wegen Generalstreiks der Buchdrucker erscheinen in ganz Italien keine Zeitungen.
- * In Lissabon hat eine Bonkottbewegung gegen englische Waren eingesetzt.

Zahlungsausschub?

Das englische Mitglied der Reparationskommission, Bradburn, schlägt in einer Denkschrift an die englische Regierung vor, die deutschen Zahlungen an die Entente um zwei bis drei Jahre aufzuschieben. Die englische Regierung beabsichtigt angeblich, diesen Vorschlag an die anderen Alliierten weiterzuleiten.

Ein Vorschlag — vorläufig nicht mehr! Und wir haben in Deutschland gelernt, schönen Plänen gegenüber einige Zurückhaltung zu üben. Wir haben zu viele Enttäuschungen erlebt. Aber die Entstehungsgeschichte dieses Gedankens und seine Stellung in der augenblicklich überaus verwinkelten und schwer zu durchschauenden internationalen Verhandlungen, bei denen neben den Regierungen besonders Privatleute aus der Großindustrie und aus der Hochfinanz im Vordergrund stehen, gibt ihm doch wohl eine besondere Bedeutung.

Der Kreis der internationalen Aufgaben, die auf eine Lösung drängen, ist überaus groß. Fast ausnahmslos geben sie auf den Versailles Vertrag zurück. Dieser hat eine maßlose Überspannung der politischen Forderungen der Entente Staaten gegen Deutschland hinterlassen, ohne zu berücksichtigen, daß der Krieg die ganze Welt wirtschaftlich so geschwächt hatte, daß zunächst einmal die erste Notwendigkeit darin bestehen mußte, einen gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Angriff zu nehmen. Das Gegenteil trat ein. Die Weltwirtschaft wurde in die Zwangsjade der Machtpolitik eingesperrt, und der Erfolg war, daß sie von Monat zu Monat mehr verkrüppelte. Einzelne Stimmen der Vernunft fanden anfangs kein Gehör, bis die Sprache der Tsaischen dringender und vernichtender wurde. Die von uns rücksichtslos erprehten Bestellungen brachten die deutschen Finanzen demagen in Unordnung, daß die Bewertung des deutschen Geldes auf ein Nichts zusammenschmolz. Die ungeheuren Valutaschwankungen führten rücksichtslos zur Teuerung und vor allem Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten herbei, auf deren Rohstoffmärkten der deutsche Käufer zu fehlen begann. Außer Frankreich, welches in blinden Gäh und

unausrotbarer Furcht den Vernichtungsgedanken über alle wirtschaftlichen Vernunftstände stellt, haben alle Staaten ein, daß es so nicht weiter geht. Die Regierungen aber waren wohl auf die bisherige Gewaltpolitik gegen Deutschland immerhin in so hohem Maße feigelegt, daß von ihnen eine einfache Umkehr auf dem falschen Wege nicht erwartet werden konnte. In dieser Situation haben private Wirtschaftskreise schon seit langem versucht, im einzelnen auszuweichen und gutzumachen, was die hohe Politik in Versuch und Wogen verdrorben hatte. Ein Erfolg dieser Bemühungen konnte aber naturgemäß erst dann erwartet werden, wenn es der Wirtschaft gelang, die Politik von ihrem Irrwege abulenken und in ihr eigenes Schlepptau zu nehmen.

Auf diesem Punkte der Entwicklung, an dem solche Bemühungen einige Aussicht auf Erfolg zu versprechen können, sind wir jetzt offensichtlich angelangt. Die markanten Ereignisse dieser Tage sind die Reisen Stinnes' und Rathenau's nach London. Von beiden wird nachdrücklich erklärt, daß sie nicht im Auftrag der deutschen Regierung, sondern als Privatleute gefahren sind. Aber auch wenn das vollkommen zutrifft, so haben diese Reisen dennoch eine eminente politische Bedeutung, eben weil die Politik augenblicklich auf die Fährten der Wirtschaft angewiesen ist, wenn sie aus der Sackgasse herauskommen will, in die sie auf dem in Versailles vorgerechneten Wege hineingeraten ist.

Nun haben der Reichsverband der deutschen Industrie und der englische Bund der Industrie die Initiative ergriffen, um neue Wege zu finden. Auch der englische Botschafter in Berlin hat sich zugleich mit Rathenau nach London begeben, und in einem solchen Augenblick wird die erwähnte Denkschrift Bradburns bekanntgegeben, die den Vorschlag eines Zahlungsausschubs enthält. Bradburn aber ist nicht Privatmann und sein Vorschlag wird seinen Weg in das englische Kabinett und weiter in den Obersten Rat der Entente finden. Genau wie in der Denkschrift der englischen Industriellen tritt übrigens auch hier der pure wirtschaftliche Egoismus klar zutage. Kein Mensch denkt daran, von unserem Schuldkonto einen Pfennig zu streichen. Wir sollen mit unseren Naturalieferungen unverkürzt fortfahren. Wir sollen die Notenpresse stilllegen und die Industrie höher besteuern. Um uns dazu instand zu setzen, käme vielleicht ein Ausschub für die Barzahlungen in Frage. Dieser soll vor allem die Valuta festigen, und das wiederum ist nötig, um den deutsch-englischen Handel zu beleben.

Hier ist der Angelpunkt der Frage. Man will an uns profitieren, Egoismus ist die Triebfeder, aber — und das ist der Unterschied — ein von fähler, vernünftiger Berechnung und nicht von blinder Vernichtungswut geleiteter Egoismus. Die deutschen Zahlungen und Lieferungen an die Entente wirken dort nicht fördernd, sondern hemmend, also wird man uns vielleicht große technische Bauten in fernem Erdteilen zuweisen. Aber alles in allem: Man braucht uns, und man erkennt, daß man uns nicht systematisch zugrunde richten darf, wenn man nicht selbst schwere Verluste riskieren will.

Der Vorschlag, für die künftigen Barzahlungen Deutschlands einen Ausschub zu gewähren, kann im Zusammenhang mit der Kreditaktion und den russischen Plänen sowie

Hardings Reformgedanken möglicherweise den Wendepunkt von einer Gewalt- und Vernichtungspolitik zu einer internationalen Wiederaufbauarbeit bedeuten.

Amerikanische Warnung an Frankreich.

Hardings Gesellschaft der Nationen.

London, 29. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet: Man frage sich allgemein, weshalb Präsident Harding gerade den augenblicklichen Zeitpunkt gewählt habe, um den Plan einer Gesellschaft der Nationen zu verwirklichen. Die Antwort darauf sei, weil die Konferenz endlich ein Stadium erreicht habe, wo ihr Erfolg, allgemein gesprochen, bereits gesichert sei, außerdem aber, um eine Warnung an Frankreich zu richten und ihm den Fall einer Isolierung vor Augen zu führen. Der wesentliche Unterschied zwischen der amerikanischen Gesellschaft der Nationen und dem Völkerbunde bestehe darin, daß in Genf Frankreich ein Veto ausüben könne, in der amerikanischen Gesellschaft dagegen ein Veto nicht bestehe. Frankreich sei daher vor die Wahl gestellt, entweder mitzuwirken oder isoliert zu bleiben.

Fortschritte in Washington.

London, 29. Nov. Die Times melden aus Washington die unmittelbar bevorstehende Annahme der von Hughes vorgeschlagenen Großkampfschiffverhältnisse von 5 zu 3 durch Japan. Laut Daily Chronicle, der daselbe berichtet, würde damit einer der Hauptwede der Washingtoner Konferenz erreicht sein.

Eine Offensive Lloyd Georges gegen die bisherige Reparationspolitik.

Paris, 29. Nov. „Deuvre“ schreibt: Man kündige auf allen Seiten an, daß Lloyd George vielleicht dem Beispiel von Hughes folgen könnte, um seinerseits eine große diplomatische Offensive einzuleiten. Es handle sich um nichts weniger als darum, eine neue Reparationspolitik an die Stelle von Reparationspolitik zu setzen, die der Friedensvertrag von Versailles vorschreibt.

London, 29. Nov. Wie „Daily Mail“ von gut unterrichteter Seite erfährt, wendet die britische Regierung augenblicklich ihre Aufmerksamkeit auf die am 15. Januar nächsten Jahres fällige deutsche Reparationszahlung. Nach dem Besuche der Reparationskommission in Berlin verfaßte Bradburn eine Denkschrift, die das britische Kabinett nächstens erörtern wird. Es wird erwartet, daß die britische Regierung ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für die deutschen Schulden an die Alliierten vorschlagen werde. Unter Umständen werde ein halbjähriges Wiederaufleben des Handels mit Deutschland erhofft. Die Bedingung für jedes Zugeständnis der Alliierten in der Reparationsfrage sei, daß die deutsche Regierung die Ausgabe von Papiergeld einstelle. „Daily Mail“ zufolge besteht kein Zweifel, daß auch den Franzosen der Ernst der Lage Deutschlands klar geworden sei. Die französischen Vertreter, die in Berlin die Lage Deutschlands untersuchten, seien dem Plane der britischen Regierung günstig gesinnt. Deutschland werde selbstverständlich gewisse Zahlungen wie bisher weiter leisten. Die übrigen Zahlungen würden nicht erlassen, sondern gestundet werden. — Die